

Berliner Zustände 2009 – Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus und Rassismus

Herausgeber: apabiz und MBR

64 Seiten

Schutzgebühr: 3,- EUR

Erhältlich als pdf auf den Webseiten der beteiligten Projekte (z. B. www.apabiz.de,
www.mbr-berlin.de) sowie als Druckfassung.

Kurzdarstellung

Bereits zum vierten Mal gibt das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz) gemeinsam mit der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) die „Berliner Zustände“ heraus. In der diesjährigen Ausgabe beleuchten sechs Berliner Projekte und AutorInnen rechtsextremen, antimuslimische und andere rassistische Phänomene in Berlin, die eine kontinuierliche gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung notwendig machen.

Mit dem jährlich erscheinenden Schattenbericht geben die beteiligten Berliner Projekte Einblicke in die wesentlichen Aspekte und Diskurse ihrer Arbeit und analysieren, alternativ zu staatlichen und medialen Perspektiven, relevante Entwicklungen und Tendenzen des vergangenen Jahres. Damit soll einen Beitrag zu einer kontinuierlichen qualitativen Weiterentwicklung zivilgesellschaftlicher und lokaler Handlungsstrategien geleistet werden.

Trotz der strukturellen und inhaltlichen Schwäche der extremen Rechten in Berlin waren im Jahr 2009 erneut eine Vielzahl gewalttätiger Aktionen zu beobachten. Darüber hinaus ist deutlich geworden, welche wesentlichen Funktionen personelle Zusammenschlüsse – wie die durch den Berliner Senat verbotene Kameradschaft „Frontbann 24“ – und rechtsextreme Szenetreffpunkte wie die Kneipe „Zum Henker“ für eine zunehmende Dynamik von Anfeindungen und Bedrohungen politischer Gegner/innen durch rechtsextreme Aktivist/innen haben.

Mit der diesjährigen Schwerpunktsetzung auf das Phänomen des antimuslimischen Rassismus, das häufig auch als „Islamophobie“ bezeichnet wird, möchten wir einen Beitrag zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit dem Thema leisten. Trotz der offensichtlichen Bedeutung dieses Phänomens für die „Migrations- Hauptstadt“ Berlin gibt es hierzu nach wie vor nur wenige Expertisen aus den Projekten und Initiativen. Im Alltag der beratenden und dokumentierenden Initiativen in Berlin zeigt sich die Bedeutung des antimuslimischen Rassismus vor allem in Form öffentlicher rassistischer Diskurse, in Diskriminierungen und Angriffen, aber auch in immer konkreteren Politikangeboten für Islamfeinde jeglicher Couleur.

Weitere Artikel beschreiben wesentliche Ereignisse, die die Arbeit und das Engagement von Initiativen und Projekten im Jahr 2009 geprägt haben: die Krise des Berliner Landesverbandes der NPD, der „Bordsteinkick-Prozess“ nach einem schweren rechtsextremen Angriff am S-Bahnhof Frankfurter Allee im Juli 2009 und die nach wie vor hohen Zahlen rassistischer Angriffe und Bedrohungen in Berlin.

Aus dem Inhalt:

	Seite
Berliner Zustände 2009 Chronik rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Angriffe und Bedrohungen in Berlin ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	48
Vorwort Alexander Häusler (Arbeitsstelle Neonazismus, FH Düsseldorf)	3
Einleitung Annika Eckel (mbr), Eike Sanders und Ulli Jentsch (apabiz)	6
Ausgerastet – Der Bordsteinkick am S-Bahnhof Frankfurter Allee vor Gericht Nicole Walter (freie Journalistin)	8
Unfähig und überfordert? – Die Berliner NPD möchte ihr Krise überwinden Yves Müller (Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse)	12
Die Berliner rechtsextreme Szene: Gewalttätige Aktionen und inhaltliche Schwäche Anne Benzing, Annika Eckel, Bianca Klose und Matthias Müller (mbr)	15
Schwerpunkt	
Sind alle ‚Islam-Kritiker‘ ‚islamophob‘? Ulli Jentsch und Eike Sanders (apabiz)	22
Islamophobie in Deutschland? Eberhard Seidel	24
Ungebrochene Selbstidealisierung Birgit Rommelspacher (Privatdozentin TU Berlin)	30
Pax Europa Berlin: Islamfeindliche Politik in der „Multi-Kulti-Hauptstadt“ Ulli Jentsch (apabiz)	35
Fallzahlen: Grund zur Entwarnung? ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	42

Vorwort von Alexander Häusler

(Arbeitsstelle Neonazismus, FH Düsseldorf)

Seite 3-5

Im Vorwort betrachtet Alexander Häusler die Veränderungen am rechten Rand des Parteienspektrums und skizziert die Gefahren, die von der Mobilisierung antidemokratischer Einstellungen ausgehen können. Am Beispiel der sogenannten Bürgerbewegung Pro Deutschland, die auch zu den Berliner Abgeordnetenhauswahlen 2011 antreten werden, verweist er auf die rassistischen Grundzüge deren Politik. Er sieht diese Entwicklung in einem europäischen Kontext rechtspopulistischer Phänomene.

Alexander Häusler ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsstelle Neonazismus der FH Düsseldorf. Er ist Herausgeber der ersten wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der „PRO-Bewegung“ (siehe Literaturliste). In Kürze erscheint ein von ihm gemeinsam mit Jan Schedler herausgegebener Sammelband zu den „Autonomen Nationalisten“.

Der Autor kommt u.a. zu folgenden Einschätzungen:

Zitat:

„Im Unterschied zu offen neonazistischen und demokratiefeindlichen Parteien wie der NPD bekleidet sich die PRO-Bewegung mit einer rechtspopulistischen Hülle, wenngleich auch sie dem Lager der extrem rechten Parteienlandschaft entstammt und mit den anderen Rechtsaußenparteien um die Stammwählerschaft dieses Lagers ringt. Dabei versucht PRO mit den propagandistischen Mitteln der „Protest-Inszenierung“ (Karin Priester), Rassismus und Nationalismus politisch als ‚plebiszitär‘ zu verankern. Um sich selbst als moderne Rechtsaußen-Wahlgruppierung neu zu formieren, werden Begriffe der Bürgerinitiativ-Bewegungen für sich in Anspruch genommen – eine perfide Spielform der politischen Mimikry. So wird eine strukturelle Demokratiefeindlichkeit als eine ‚bürgerschaftlich‘ ausgerichtete Mogelpackung inszeniert, der Rassismus wird als ‚demokratisches Mitbestimmungsangebot‘ verpackt.“ (Seite 3)

Zitat:

„Die parteiförmige extreme Rechte in Deutschland hat dies zum Teil erkannt. Sie versucht die rechtspopulistischen Erfolge in Europa national zu importieren, indem sie sich auf hegemoniale Diskurse bezieht und diese kampagnenartig zuspitzt: Nicht von ungefähr wird der CDU-Slogan von der „christlich-deutschen Leitkultur“ als Vorlage genommen für den neuen Leitspruch „Abendland in Christenhand“.
Hier liegen zugleich auch neue Herausforderungen für eine antifaschistische Arbeit: Der „Kampf gegen Rechts“ kann sich nicht auf die moralische Verurteilung beschränken. Vielmehr muss der extremen Rechten das politische Terrain auf neuen Ebenen streitig gemacht werden. Dies beinhaltet die Verstärkung eigener Auseinandersetzungen mit Integrations- und Demokratiedefiziten mit dem Ziel neuer Verständigungen.“ (Seite 5)

Ausgerastet - Der Bordsteinkick am S-Bahnhof Frankfurter Allee vor Gericht

von Nicole Walter (Journalistin)

Seite 8-11

Im Sommer 2009 wurde ein junger Mann in Friedrichshain von Neonazis attackiert und schwer verletzt. Nur die schnell herbei gerufenen Polizisten konnten verhindern, dass er mit einem Bordsteinkick auf den Kopf getötet wird. Die Täter kommen mit einem überraschend milden Urteil davon.

Nicole Walter arbeitet als freie Journalistin in Berlin, vor allem zu den Themenschwerpunkten Rechtsextremismus, soziale Entwicklungen und Politik. Sie hat u.a. über rechtsextreme Parteien im Europaparlament und Strafgesetze gegen rechte Gewalt in Deutschland geschrieben. Den Jeton-Prozess hat sie im Gerichtssaal verfolgt.

Zitat:

„Wie kaltblütig Oliver K. handelte, wird später klar: Eine Stunde nach seiner Festnahme sagt er: „Ich bereue nichts. Ich hätte den bis auf die Bordsteinkante ziehen und mir seinen Kopf richtig hinlegen sollen – und dann Wumm!“ Dabei habe er angedeutet, wie er den Kopf von Jonas K. zwischen seine Hände nimmt und so hinlegt, wie er es haben will. Dann habe er mit dem Bein ausgeholt und zugetreten, zum Glück nur auf den Asphalt. So berichtet es ein Polizeibeamter, der in diesem Moment neben Oliver K. stand.“
(Seite 8)

Zitat:

„Die stammen aus einem rechtsgerichteten Milieu“, sagte der Richter in seiner Urteilsbegründung. Aber bei dieser Tat sei das irrelevant gewesen. Für die Täter habe es keine Rolle gespielt, ob Jonas K. aus der linken Szene stamme oder nicht, sagte der Vorsitzende Richter Kay-Thomas Dieckmann. Zuvor hatte der Verteidiger von Oliver K. dem Richter für die „sachliche Prozessführung“ gedankt. Er habe sich von der Vorverurteilung der Angeklagten in den Medien, die diese als Neonazis gebrandmarkt hätten, nicht beeindrucken lassen.
Das ist zart ausgedrückt. Tatsächlich spielte die rechtsextreme Gedankenwelt der Angeklagten kaum eine Rolle in der Beweisaufnahme während des Prozesses, hartnäckig wurde sie nur von dem Anwalt der Nebenklage, Ols Weidmann, zur Sprache gebracht. (Seite 9)

Unfähig und überfordert?

Die Berliner NPD möchte ihre Krise überwinden

von Von Yves Müller (Projekt „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“ Seite 12-14

Die NPD beschreibt sich selbst als den „parteigebundenen Teil der nationalen Volksbewegung“, der den „Kampf um die Straße“ und den „Kampf um die Parlamente“ erfolgreich miteinander verzahne. Ein Blick auf den Berliner NPD-Landesverband spricht jedoch eine andere Sprache, war das vergangene Jahr doch eher von Machtkämpfen, Austritten und geringen Aktivitäten in der Öffentlichkeit geprägt.

Aus der Perspektive des Projektes „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“ beschreibt **Yves Müller** in seinem Artikel die Verfasstheit der Berliner NPD im Jahre 2009 – ein turbulentes Jahr voll mit internen Streitereien, Austritten, Rücktritten und Skandalchen, die zu einer öffentlichen und parlamentarischen Unscheinbarkeit der Partei beitrugen. Der Autor zeichnet die Entwicklungen des Berliner Landesverbandes unter dem damaligen Vorsitzenden Jörg Hähnel und der mit ihm (ehemals) verbündeten extrem rechten Gruppierungen und Personen nach, bis zum Februar 2010, als Uwe Meenen den Posten des Landesvorsitzenden übernahm. Eine inhaltliche Abkehr von der wenig bürgerlichen neonazistischen Linie der Berliner NPD ist aber auch unter Meenen nicht zu erwarten.

Zitat:

„Mit der Neuwahl des Landesvorsitzenden endeten vorerst eineinhalb Jahre der Spaltung und Untätigkeit der Berliner NPD unter dem glücklosen Jörg Hähnel. Am 6. Februar 2010 übernahm der rechtsextreme Funktionär Uwe Meenen den Posten. Die Geschichte des Scheiterns Hähnels begann am 7. Juni 2008 mit seiner Wahl an die Berliner NPD-Spitze. War mit dem Wahlerfolg zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) 2006 ein Erstarken des mitgliederarmen Landesverbandes erwartet worden, setzte bald Ernüchterung ein. Parallel zum Richtungsstreit in der Bundes-NPD, aber ohne inhaltliche Verbindung, machten sich auch in Berlin Spaltungstendenzen bemerkbar.“ (Seite

Zitat:

„Die Aktivitäten der NPD beschränkten sich im Jahr 2009 bis auf wenige Ausnahmen auf ihre Präsenz in den Bezirksverordnetenversammlungen. Hier konnten die NPD-Verordneten nur vereinzelt Skandale inszenieren. Zwar präsentiert sich in der BVV Lichtenberg eine agile und provokatorisch auftretende NPD-Fraktion und auch die Fraktion in Treptow-Köpenick mit dem Bundesvorsitzenden Udo Voigt vermag es, sich stetig in Szene zu setzen, doch sind die kommunalpolitischen Aktivitäten insgesamt im Vergleich zu den Vorjahren rapide gesunken.“

Das Projekt „**Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse**“ (VdK e.V.) dokumentiert systematisch die Aktivitäten der Rechtsextremen in den kommunalen Gremien, analysiert deren Vorgehensweisen und beschreibt die Handlungsweisen der demokratischen Verordneten. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der menschenverachtenden und antidemokratischen Programmatik der NPD ist ebenso wie eine konsequente Abgrenzung von deren Vertreter/innen Voraussetzung dafür, dass die NPD mit ihrer „Normalisierungsstrategie“ mittel- und langfristig erfolglos bleibt. Ziel des Projektes ist es zu einer kontinuierlichen Entwicklung von Präventions- und Interventionsmöglichkeiten im Umgang mit Rechtsextremismus beizutragen

Die Berliner rechtsextreme Szene:

Gewalttätige Aktionen und inhaltliche Schwäche

Von Anne Benzing, Annika Eckel, Bianca Klose und
Matthias Müller (MBR)

Seite 15-21

Wie sehr inhaltliche Schwächen und gewalttätige Aktionen in der extremen Rechten zusammen gehen, zeigt der Beitrag der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR). Er beschreibt eine zunehmende Dynamik von Anfeindungen und Bedrohungen politischer GegnerInnen und eine neue Dimension der Anti-Antifa-Arbeit rechtsextremer Strukturen. Abgesehen von den personellen Zusammenschlüssen – wie der durch den Berliner Senat verbotenen Kameradschaft „Frontbann 24“ – wird deutlich, welche wichtige Funktion die Kneipe „Zum Henker“ in Schöneweide für diese Dynamik hat. Ihre Außenwirkungen auf den öffentlichen Raum des Stadtteils sowie Berlinweit wird in dem Artikel ausführlich analysiert.

Mit dem Lokal „Zum Henker“ in Schöneweide schuf sich die rechtsextreme Szene Berlins 2009 einen ihrer wichtigsten Treff- und Anlaufpunkte. Für den Erhalt dieser Infrastruktur gelingt es ihr, ihre Anhänger/innen spektrenübergreifend zu mobilisieren und Geschlossenheit zu demonstrieren. Daraus resultiert eine erhöhte Bedrohung für Personen und Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen.

Zitat:

„Trotz oder gerade wegen des Repressionsdrucks auf das Kameradschaftsspektrum sowie der Krise und Personalschwäche der Berliner NPD machte die rechtsextreme Szene im vergangenen Jahr mit Angriffen auf linke Projekte und Einrichtungen sowie mit der Bedrohung engagierter Antifaschist/innen auf sich aufmerksam. Durch Aktionismus, insbesondere durch direkte gewalttätige Aktionen gegen politische Gegner/innen und deren Einrichtungen vor allem in Neukölln und Kreuzberg, gelang es einer geschwächten Szene mit relativ wenig Aufwand öffentlichkeitswirksam und spektakulär in Erscheinung zu treten.“ (Seite 16)

Zitat:

„Der „Henker“ dient der rechtsextremen Szene als Versammlungsort, als Ort des Informationsaustausches sowie als Freizeit- und Erlebniswelt. Rechtsextreme Erlebniswelten bieten Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen Aktivitäten mit Eventcharakter und ein gemeinsames Lebensgefühl in einem rechtsextremen Kontext. Die im „Henker“ stattfindenden Aktivitäten haben – auch dann, wenn es sich nur um das Zusammensitzen bei einem Glas Bier handelt – einen wichtigen Anteil an der Entstehung eines Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühls sowie einen identitätsstiftenden Effekt auf die rechtsextreme Szene. Generell spielen solche auf Dauer angelegten Treff- und Anlaufpunkte für die Schaffung rechtsextremer Erlebniswelten eine wesentliche Rolle. Kneipen, Tattoostudios, Büro-, Seminar- und Bandproberäume, Geschäfte und Imbisse sind wichtige Bestandteile rechtsextremer Strukturen und (Sub-)Kultur. Im Gegensatz zu temporären, oft jahreszeitlich gebundenen Treffpunkten wie etwa Parks oder öffentliche Plätze bieten sie eine dauerhafte Basis.“ (Seite 17)

Die **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)** unterstützt und vernetzt alle Berliner/innen, die in ihrem Wohn-, Arbeits- oder sozialen Umfeld mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind und sich für die Stärkung demokratischer Kultur einsetzen wollen. Die MBR berät Einzelpersonen, Jugendeinrichtungen, Schulen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke, Politik und Verwaltung, Sport-Vereine, Gewerbetreibende und Verbände. Langfristiges Ziel der Beratungen ist die Unterstützung einer alltäglichen Praxis demokratischer Kultur und die Ermöglichung eines angstfreien und menschenrechtsorientierten Miteinanders in Berlin.

Sind alle ›Islam-Kritiker‹ ›islamophob‹?

von Ulli Jentsch und Eike Sanders (apabiz)

Seite 22-23

Die Auseinandersetzung über die Gefahren, die von muslimischen MigrantInnen-Milieus ausgehen oder ausgehen sollen, ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Stereotypen, kulturelles Unverständnis oder Unwissen. Sie ist oftmals überformt durch ideologisierte Positionen und gefährliches Halbwissen, hiervon ist vor allem die islamfeindliche Internet-Gemeinde geprägt.

Jeder Versuch einer analytischen Betrachtung hat damit zu kämpfen, dass auch die Begriffe, die dieses Themenfeld beschreiben sollen, umkämpft sind. Daher wird unser Themenschwerpunkt „Antimuslimischer Rassismus“ mit einer Begriffsklärung eingeleitet.

Zitat:

„Die Mehrheit der islamfeindlichen Szene würde sich wohl als „Islam-Kritiker“ bezeichnen. Sowohl in den gemäßigten als auch den radikalen Teilen der islamfeindlichen Szene wird ebenfalls gerne der Begriff des „Dhimmi“- oder „Islamwatch“ oder der „Counter-Jihad“-Bewegung als Charakterisierung der eigenen Bewegung verwendet, so auch von der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE). Dies verdeutlicht sehr treffend das Selbstverständnis als Bewegung, die international gegen einen gemeinsamen Feind „kämpft“, der „uns“ den „Krieg“ erklärt habe. Und hinter dessen offenen Fronten man selber einen Kampf um Einfluss auf Meinungen und Medien führe.“ (Seite 22)

Zitat:

„Wir halten es für unsere Arbeit insgesamt für wesentlich, sich auf die jeweiligen anti-demokratischen sowie rassistischen Gehalte in den Aussagen der KritikerInnen zu konzentrieren. Denn hieran kann am deutlichsten Islamkritik von Islamfeindschaft getrennt werden. Anstelle des auch medial überstrapazierten Begriffs der „Islamophobie“ ist der soziologisch präzisere Begriff des antimuslimischen Rassismus zu bevorzugen. „Islamophobie“ betont das individuelle Vorurteil und vernachlässigt die gesellschaftliche Funktion des Rassismus, Hierarchien zu legitimieren. So delegitimiert der Begriff einerseits wegen seines psychologisierenden Gehalts, der Kritik am Islam in die Nähe eines krankhaften Wahns rückt, Islamkritik als pathologisches Problem Einzelner. Andererseits verschleiert er durch die Pathologisierung die gesellschaftliche Dimension des Phänomens (...)“ (Seite 23)

Eike Sanders und **Ulli Jentsch** sind Mitarbeiter_innen des Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz).

In Kürze erscheint von beiden ein Artikel zum Thema „'Autonome Nationalisten' und gender“ in einem Sammelband von Häusler/Schedler.

Islamophobie in Deutschland?

von Eberhard Seidel

Seite 24-29

Der Autor zeichnet in seinem Artikel nach, aus welchen Konflikten die Islamdebatten ihre Schärfe beziehen und warum wir uns die Antwort auf die in seinem Titel gestellte Frage nicht einfach machen dürfen. In seine differenzierende Darstellung bezieht Eberhard Seidel vor allem auch die bei uns nur wenig bekannte niederländische Debatte mit ein, die den hiesigen Diskurs stark mitbestimmt hat.

Eberhard Seidel ist seit 2002 Geschäftsführer von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage.“ Zuvor arbeitete er als Redakteur bei der taz (die tageszeitung) und leitete dort das Inlandressort. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Rechtsextremismus, Islamismus, Migration, jugendliche Subkulturen und neuerdings die Islamfeindlichkeit der bürgerlichen Mitte. Er veröffentlichte zuletzt „Stadt der Vielfalt. Das Entstehen des neuen Berlin durch Migration“, Berlin 2009 (gemeinsam mit Sanem Kleff). Der hier vorliegende Artikel ist zuerst erschienen in: Bielefeldt, Heiner et.al (Hrsg.); Religionsfreiheit, Jahrbuch Menschenrechte 2009, Köln/Weimar, 2008.

Zitat:

„Verstehen wir den umstrittenen Begriff „Islamophobie“ als Synonym für Islamfeindlichkeit, als die feindselige Ablehnung des Islam und der als Minderheit in einer Mehrheitsgesellschaft lebenden Muslime; als eine angstbesetzte Abwehrhaltung und die Bereitschaft zur Diskriminierung der Muslime aufgrund von faktischer, vermuteter oder zugeschriebener Gruppenzugehörigkeit, dann sind hier alle Voraussetzungen erfüllt. Aber „Islamophobie“ ist auch ein Kampfbegriff. „Deutschland ist islamophob, unsere Menschenrechte werden mit Füßen getreten.“ Das ist die Botschaft, die der Moderator einer Dialogveranstaltung des Vereins M.A.H.D.I. im Juni 2008 in Berlin-Neukölln seinen zumeist jugendlichen Zuhörern vermittelt.“ (Seite 24)

Zitat:

„Die Religionisierung der Ausländer- und Integrationsdebatte seit Herbst 2004 ist einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik. Als ob ein Schalter umgelegt worden wäre, veränderte sich die Perspektive. Türken, Araber und Palästinenser mutierten von einem Tag zum anderen zu den Muslimen, und gleichzeitig wurde die unabdingbare Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus aufgehoben. Aus Millionen mehr oder weniger gut integrierter Einwanderer aus der Türkei und dem Nahen Osten wurden Repräsentanten einer Religion, der Terrorismus und Gewalt als Wesensmerkmal innewohnen.“ (Seite 27)

Ungebrochene Selbstidealisierung

Wie kommt es, dass Feministinnen mit den Rechten koalieren? Eine Kritik des kolonialen Feminismus.
von Birgit Rommelspacher

Seite 30-34

Unterschiedliche Ausgrenzungsmechanismen und antiemanzipatorische Diskurse laufen weder streng parallel zueinander, noch addieren sie sich einfach. „Rasse“, Klasse und Geschlecht als drei wesentliche strukturierende Herrschaftslinien bedingen sich, verschränken sich und können sich gegenseitig verstärken. Immer wieder wird aber auch das eine gegen das andere ausgespielt.

In der öffentlichen Debatte werden nicht erst seit dem Artikel von Birgit Rommelspacher Feminismus und „Islamkritik“ gegeneinander diskutiert. Gleichberechtigung wird aus einer mehrheitsdeutschen Position auf einmal vor allem – und allzu oft ausschließlich – gefordert, wenn es um muslimische Frauen geht.

Nicht zuletzt die heftigen (im übrigen oft überaus rassistischen und sexistischen) Reaktionen, die Birgit Rommelspacher bekam, haben uns veranlasst, diesen Artikel im Schattenbericht nachzudrucken. Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der taz vom 18. Januar 2010.

Prof. Dr. **Birgit Rommelspacher** ist Professorin (em.) für Psychologie mit dem Schwerpunkt Interkulturalität und Geschlechterstudien an der Alice Salomon Hochschule Berlin und Privatdozentin an der Technischen Universität Berlin.

Zitat:

„Früher gab es eine eher selbstverständliche Affinität zwischen Linken und Feministinnen, auch wenn diese oft genug den männlichen Chauvinismus in der Linken anzuklagen hatten. Dennoch schien der Kampf für Gleichheit und Gerechtigkeit sie miteinander zu verbinden. Selbst als der Begriff „links“ zunehmend problematisch wurde, war man sich doch zumindest darin einig, was man nicht sein wollte, nämlich rechts. (...) Nun sind es die Muslime, die den Prototyp des Unterdrückers zu geben haben. Das wird jedoch wohl kaum eine Episode bleiben, können sich diese Feministinnen doch auf einen breiten Konsens in der Gesellschaft und auf mächtige Stimmen aus den unterschiedlichsten politischen Lagern, national wie international, stützen. So werden allenthalben der Mut und das Engagement von Necla Kelek und Seyran Ateş gelobt, die sich unerschrocken über Tabus hinwegsetzten und für die unterdrückten Musliminnen kämpften.“ (Seite 31)

Zitat:

„Man benützt also nicht mehr so sehr das Argument „rassischer“ Überlegenheit, sondern stützt sich vielmehr auf die zivilisatorische Funktion des Westens. Teil dieser „zivilisatorischen Mission“ war jedoch auch schon zu Zeiten des Kolonialismus das Bestreben, „die unterdrückte Muslimin“ zu befreien, was Leila Ahmed von einem „kolonialen Feminismus“ sprechen lässt. Wer jedoch zögert, die Machtanmaßungen des Kolonialismus mit Feminismus zusammen zu denken, der sollte wissen, dass auch im Nationalsozialismus Frauen ihre „rassische“ Überlegenheit mit ihrem Einsatz für die Gleichstellung von Mann und Frauen begründeten.“ (Seite 34)

Pax Europa Berlin

Islamfeindliche Politik in der „Multi-Kulti-Hauptstadt“
Von Ulli Jentsch (apabiz)

Seite 35-41

Das apabiz legt in diesem Schattenbericht eine erste umfangreiche Dokumentation der „Bürgerbewegung Pax Europa e.V.“ vor, eine vor allem auch in Berlin aktive islamfeindliche Organisation. Pax Europa hatte im vergangenen Jahr mehrfach öffentliche Veranstaltungen durchgeführt, um auf ihren Kampf gegen die „Islamisierung“ Berlins aufmerksam zu machen. Dabei war sie zum Teil auf deutlichen Widerspruch antirassistischer Initiativen gestoßen, so bei einer Kundgebung am 3. Oktober 2009.

Der Artikel stellt die Politik und die Köpfe dieser Gruppierung, die in Berlin von René Stadtkewitz, Mitglied der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, geführt wird, vor.

Zitat:

„Die etablierte Politik sieht sich massiver Kritik gegenüber in der Frage, ob „der Islam“ unsere Gesellschaft bedroht. Einhergehend mit der vermeintlich wachsenden Bedrohung durch den islamistisch motivierten Terrorismus weltweit entwickelten sich in den letzten Jahren in den Staaten Nordamerikas und Europas Bewegungen, die sich zumindest mit dem Adjektiv „islamkritisch“ bezeichnen lassen.

Diese Bewegungen versuchen mit den Mitteln außerparlamentarischer Aktivitäten, „der herrschenden Politik“ die „Stimmung im Volk“ zu vermitteln. Auch in Berlin engagieren sich AktivistInnen in einem Netzwerk von Gruppierungen. Im Jahr 2009 entwickelte sich vor allem die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE). Im selben Feld sind der Berliner Ableger der sogenannten Bürgerrechtsbewegung PRO Deutschland, PRO Berlin, oder auch die PI-Gruppe Berlin aktiv.“ (Seite 36)

Zitat:

„Stadtkewitz selber hat seit diesen Vorfällen seinen Ton gegen diejenigen verschärft, die der „Lebenslüge“ anhängen, „Deutschland sei ein Einwanderungsland“. Die Absage der Veranstaltung begründete er mit einer „vom Tagesspiegel und der TAZ sowie von Teilen der eigenen Partei entfachte[n] Hetz- und Abgrenzungskampagne“. Das Thema der Veranstaltung dürfe nicht „auf dem Altar der islamophilen Diffamierungskartelle“ geopfert werden. Seitdem kommt Stadtkewitz immer wieder darauf zu sprechen, dass eine „Gesinnungsdiktatur“ errichtet worden sei, „der wir alle zu folgen haben und wenn wir's nicht tun, dann sind wir diejenigen, die man mit dem Rücken an die Wand stellt und die man beschimpft als Rassisten, Nazi und sonst etwas (...)“.“ (Seite 38)

Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (**apabiz**) bietet Informationen, Materialien und Bildungsangebote im Themenbereich Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus an. Zu diesem Zweck betreibt der Verein ein umfangreiches öffentlich zugängliches Archiv und führt Bildungsveranstaltungen durch. Seit 2008 dokumentiert das apabiz systematisch öffentliche rechtsextreme Aufmärsche und Veranstaltungen in Berlin.

Fallzahlen: Grund zur Entwarnung?

von ReachOut – Opferberatung und
Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

S. 42-47

In ihrem Beitrag berichtet die Opferberatungsstelle ReachOut von den Zahlen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt des Jahres 2009. Auch wenn die von ReachOut dokumentierten Gewalttaten zwar fast um ein Drittel gesunken sind, stellt das Projekt umfangreich den Anstieg rassistischer Stimmungsmache in der Mitte der Gesellschaft dar. Die AutorInnen gehen deshalb auch der Frage nach, welche Wechselwirkungen rassistische Äußerungen wie die des ehemaligen Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin mit rassistischen Gewalttaten haben. Dazu wird wie in jedem Jahr ergänzend die ReachOut-Chronik rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Angriffe und Bedrohungen veröffentlicht.

Zitat:

„ReachOut, die Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, verzeichnet für das Jahr 2009 insgesamt 102 Angriffe in Berlin. Dabei wurden 151 Menschen verletzt und bedroht. Bis März des vergangenen Jahres wurden 148 Angriffe für 2008 registriert. Im Verhältnis zu den um fast ein Drittel gesunkenen Gesamtzahlen sind die rassistisch motivierten Angriffe nur in geringem Maß zurückgegangen. In 53 (2008: 65) Fällen wurden Menschen aus rassistischen Motiven angegriffen. Sie stellten mit Abstand die größte Gruppe dar. Die antisemitischen Gewalttaten sind sogar auf 7 Angriffe (2008: 4) gestiegen. 15 Gewalttaten trafen Linke (2008: 30), vor allem AntifaschistInnen, gegen nicht-rechte, alternative Jugendliche und Erwachsene richteten sich 12 (2008: 30) Angriffe. 50 (2008: 86) Angriffe fanden im öffentlichen Raum statt. Insgesamt 29 (2008: 39) Gewalttaten wurden in öffentlichen Verkehrsmitteln und Bahnhöfen verübt.“ (Seite 42)

Zitat:

Mindestens so besorgniserregend wie die Angriffe, sind die rassistischen, genauer die antimuslimischen Debatten, die mittlerweile keinerlei Tabus zu kennen scheinen. Es stellen sich die Fragen, ob die Fallzahlen dauerhaft zurückgehen oder die Angriffe in Folge der rassistischen und antimuslimischen Debatten wieder steigen, wenn die sogenannte Mitte der Gesellschaft und deren Eliten sich verbal gebärden, wie der prügeln Rassist und Neonazi, es nicht besser könnten. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass beide Fragen mit einem Ja beantwortet werden müssen. So mehrten sich in der Folge der „Asyldebatte“ Anfang der 1990er Jahre die Angriffe auf Flüchtlinge. Mit der Abschaffung des Asylrechts, d.h. der Umsetzung der Debatte in institutionalisierte Formen des Rassismus, wurden die Angriffe weniger. Nicht zuletzt deshalb, weil viele Heime mangels BewohnerInnen geschlossen wurden.“ (Seite 44)

ReachOut ist ein Beratungsprojekt für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin. Unterstützt und beraten werden auch deren Angehörige, FreundInnen und ZeugInnen eines Angriffs. ReachOut recherchiert rechte, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin und veröffentlicht dazu eine Chronik. Außerdem bietet das Projekt antirassistische, interkulturelle Bildungsprogramme an.